

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM. Bei Postbestellung 3 RM. monatlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstellen sind in der Liste aufgeführt. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Angabepreis: die 8-spaltige Zeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Reklamaplatte im zeitlichen Teile 1 Reichsmark. Nachzahlungsgeld 20 Reichspfennig. Sonstige und Kleinanzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. In der Redaktion ist ein Briefkasten, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 135 — 89. Jahrgang Telegr.-Adr.: "Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 13. Juni 1930

## Krisenzeichen.

In der Berliner Börse erzählte man sich am Mittwoch der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer werde zurücktreten; dies Gerücht wurde so eifrig kolportiert, daß es sogar eines amtlichen Dementis gewürdigt wurde. In allerding der vielbesprochene Zusatz zu lesen war, "zurzeit" ein Rücktritt nicht in Frage komme. Aber die politische Interessiertheit denkt: Wo Hand wagt, da ist auch Feuer" und weiß, daß der Reichsfinanzminister mit seinen vorpfeiflichen Steuervorschlägen auf eine fast allgemeine Ablehnung gestoßen ist. Daß sogar sehr große Teile seiner eigenen Partei, der Deutsch-Volksparteier also, ihm und seinen Plänen einen auffallend schroffen und deswegen in der Öffentlichkeit viel bemerkten Widerstand entgegenstellen. Die geplante Erhöhung der direkten Besteuerung durch die "Reichshilfe" ist diesen Angriffen ganz besonders ausgesetzt, weil ja diese Art der Defizitdeckung sich mit der bisherigen Haltung der Deutschen Volkspartei gar nicht verträgt, vielmehr, wie ein einflussreiches dieser Partei nahestehendes Blatt schrieb, eine "Schwelenung um 180 Grad" bedeute.

Am Freitag soll ja nun, nach Beendigung der ministeriellen Ferien, die Regierung sich in einer Kabinettsitzung mit den Einzelheiten der Gesetzesvorlagen, vornehmlich aber vor allem mit der politischen Lage beschäftigen, die sich seit der Ankündigung der neuen Steuervorschläge entwickelt hat und über die man sich nun erst einmal ordentlich klar werden muß, um entscheiden zu können, was denn nun eigentlich geschehen soll. Der Reichstag tritt ja, schon am nächsten Montag — nach zweitägigen Wochenferien — wieder zusammen und muß die Beratung des Etats fortsetzen. Man hatte bei diesen Verhandlungen gehofft, mit ihm und dem Reichstag über die Osthilfe bis zum 30. Juni fertig zu werden, nachdem schon vor Ostern das Agrarprogramm und die Steuererhöhungen angenommen waren, man dann auch den Weg für die Staatsberatungen mit heftigen und harten Kämpfen freigemacht hatte. Aber nun wird der Karren schon wieder fest im Loch des Defizits — und muß — die Regierung ein paar neue Steuererhöhungen darauf laden, um die Ausgaben durch Einnahmehöhen auszugleichen, und erst dann wird versucht werden, die vermehrte und geänderte Pracht des Reichshaushalts dem Endziel näherzubringen. Vorläufig freilich rechnet man sich noch heftig darüber herum, welches der Inhalt jener neuen Steuerpakete sein wird. Sie müssen außerdem erst noch vor den Reichstag kommen, von ihm geprüft, untersucht, kritisiert werden — wobei es wahrscheinlich mindestens zu Änderungen kommt —, und bis Ende Juni bleiben dann bestenfalls noch zwei Wochen. Das Osthilfegesetz hat auch noch der parlamentarischen Erledigung, soll mit dem Reichsstat durch ein Mantelgesetz — um das politisch schon etwas "anregende" Wort "Junctim" zu vermeiden — eng verbunden werden; der deutsch-polnische Handelsvertrag wartet auch darauf, im Reichstag endlich Gegenstand einer sachlich nicht gerade kurzen und friedfertigen Behandlung und Beschlußfassung zu werden; und schließlich soll ja auch noch — ebenfalls durch ein "Junctim" diesmal mit den Steuererlassen verknüpft — das Ausgabenentlastungsgesetz vor den Reichstag und den Reichstag kommen, — kurz, die Liste der Aufgaben für Regierung und Volksvertretung ist immer schon noch lang.

Wenn es nur und allein die sachlichen Schwierigkeiten wären, die mit dieser Liste bewältigt werden sollten! Wenn nur gälte, Gesetzesvorlagen zu machen! Die Regierung muß sie doch auch durchzubringen versuchen! Nun aber über die einzuschlagende politisch-parlamentarische Haltung möglichst klar werden, um ihre strategischen Ziele zu erreichen! Vor außen her drückt unvermindert die Wirtschaftskrise, die die Zahl der Arbeitslosen nur langsam sinken läßt, — und wir haben bald die ersten Monate des Jahres hinter uns, dafür aber 1,2 Millionen Arbeitsloser mehr als im Vorjahre.

Koch ist ganz unbestimmt, was aus den Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und den Gewerkschaftsführern herauskommt und ob etwas herauskommt; wie die Rückwirkung wirtschafts- und sozialpolitischer Art ist, die der Schiedsspruch in der Eisenindustrie haben wird. Aus dem Druck herauszuweichen. Am 30. Juni kann man sich ja durch den Beschluß einer Verlängerung des Einheitsgesetzes lösen, — Zeit zu gewinnen. Denn jene lange Liste könnte, wenn es nicht auf Kosten der Gründlichkeit geschehen würde, "Ergänzen" sich doch die darin liegenden sachlichen Schwierigkeiten noch außerdem durch die parlamentarischen. Das Kabinetts-Brüning hat ja keine Mehrheit im Reichstag, die es sich von vornherein oder selbst im Entscheidungskampfe unbedingt verlassen könnte. Auch die im Weltkrieg genutzte Waffe der Drohung mit Reichsausschließung und Artikel 48 ist in der jetzigen Situation natürlich nicht anwendbar und ein Ermächtigungsgesetz, also weitestgehende Vollmachten, wird das Kabinetts-Brüning jetzt, nachdem es mit seinen Defizitvorschlägen auf einen fast allseitigen Widerstand stieß, dem Reichstag kaum noch abzwacken können. Dazu fehlt jetzt das Vertrauen zu der so scharf kritisierten Regierung.

## Der Kampf um das Finanzprogramm

Berlin, 12. Juni. Zu den Gerüchten über Rücktrittsabsichten des Reichsfinanzministers Dr. Moldenhauer erfährt die Telegraphen-Union von volksparteilicher Seite, daß alle diese Versionen der Begründung entbehren. Es treffe auch nicht zu, daß etwa bereits Pläne über eine Umbildung der Reichsregierung erwogen worden wären. Richtig sei allerdings, daß Dr. Moldenhauer sich mit aller Entschiedenheit für das Defizitprogramm einsetze, dessen Begründung am Freitag vom Reichskabinett verabschiedet werden soll. Der Reichsfinanzminister ist, wie weiter zuverlässig berichtet wird, entschlossen, vom Kabinetts-Brüning die Zustimmung zu der Begründung, wie er sie der Reichsregierung unterbreitet, zu fordern, um damit zu zeigen, daß die Gesamtsituation hinter den Finanzplänen Dr. Moldenhauers steht. Um den inneren Zusammenhang des Defizitprogramms mit der Ausgabenentlastungsaktion zu dokumentieren, wird das Reichskabinett als zweiten Punkt seiner Tagesordnung vom Freitag die Ausgabenentlastungsvorlage des Reichsfinanzministers behandeln, über deren Einzelheiten bereits berichtet worden ist. Endlich dürfte auch noch das Gesetz zur Reform der Krankenversicherung besprochen werden, dessen Ziel es bekanntlich ist, die Lasten der Wirtschaft für die Krankenversicherung zu mindern.

Zu den Mitteilungen über angebliche Differenzen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Ländern über das Notopfer erfährt die Telegraphen-Union weiter, daß in gewissen Kreisen des Reichsrates die Meinung laut geworden ist, das Notopfer sei lediglich ein Zuschlag zur Einkommensteuer, von dem also gleichfalls 75 Prozent an die Länder abgeführt werden müßten. Das Reichsfinanzministerium steht dagegen auf dem Standpunkt, daß das Notopfer nicht ein Einkommensteuerschlag ist, sondern eine Sonderabgabe, deren Bemessungsgrundlage nicht die Einkommensteuer, sondern das Bruttoeinkommen darstellt. Lediglich der Einfachheit halber soll das Notopfer zusammen mit der Einkommensteuer erhoben werden. Sollten wider Erwarten nach Verabschiedung der Vorlagen im Reichsrat von verschiedenen Ländern Einwendungen erhoben werden, so dürfte man im Finanzministerium voraussichtlich den Weg der Anrufung des Staatsgerichtshofes zur Klärung der Angelegenheit beschreiten.

## Neue Schwierigkeiten?

Zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Ländern.

Zu den Mitteilungen über Differenzen zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Ländern verlautet, daß in gewissen Kreisen des Reichsrates die Meinung vertreten worden ist, das Notopfer sei lediglich ein Zuschlag zur Einkommensteuer, wovon also gleichfalls 75 Prozent an die Länder abgeführt werden müßten. Das Reichsfinanzministerium steht dagegen auf dem Standpunkt, das Notopfer sei nicht ein Einkommensteuerschlag, sondern eine Sonderabgabe. Lediglich der Einfachheit halber wird das Notopfer zusammen mit der Einkommensteuer erhoben werden. Sollten wider Erwarten nach Verabschiedung der Vorlage im Reichsrat von einigen Ländern Einwen-

dungen erhoben werden, so dürfte man im Finanzministerium voraussichtlich den Weg der Anrufung des Staatsgerichtshofes beschreiten.

## Der Kampf gegen das Notopfer.

Der Zentral-Gewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten in Proteststellung.

Der Zentral-Gewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten und -Anwärter hat folgende Entschließung gefaßt: „Die im Zentral-Gewerkschaftsbund Deutscher Reichsbahnbeamten und -Anwärter, Landesstelle Sachsen, zusammengeschlossenen Reichsbahnbeamten verurteilen die Vorschläge der Reichsregierung, zur Sanierung der Reichsfinanzen in der Hauptache die Beamten heranzuziehen, aufs schärfste. Die Beamtenerschaft ist nach wie vor bereit, für das Reich Opfer zu bringen, aber nur dann, wenn alle leistungsfähigen Kreise des Volkes in gerechter Weise beteiligt werden. Die verschleierte Gehaltskürzung in der vorgezeichneten rücksichtslosen Form wird entschieden abgelehnt. Die Reichsbahnbeamten erwarten von Reichsrat und Reichstag, daß einem Vorschlage, dessen Urheber sich seit Jahren schon in unerhörten Angriffen auf das Berufsbeamtentum üben, die Zustimmung verweigert und der Einfluß dieser Kreise endlich auf ein erträgliches Maß zurückgeführt wird. Wenn schon die unauffällige Arbeit der Beamtenerschaft im Kriege, beim Umsturz und in der Inflation vergessen ist, so warnt die Landesstelle ernstlich davor, die Radikalisierung der Beamtenerschaft von der Regierung aus zu betreiben.“

## Reichshaushalt 1929/30: 1,2 Milliarden Defizit.

Die endgültige Abrechnung der Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1929 ergibt jetzt folgendes Bild. Im ordentlichen Haushalt waren Gesamteinnahmen von 10 146,1 Mill. Mark zu verzeichnen, denen Ausgaben von 10 545,7 Mill. Mark gegenüberstanden. In der Mehrausgabe von 399,6 Mill. Mark treten noch für unbeglichene Restausgabe 65,4 Millionen Mark, so daß sich im ordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 465 Mill. Mark ergibt. Im außerordentlichen Haushalt waren Einnahmen von 481,0 und Ausgaben von 343,2 Mill. Mark zu verzeichnen, mithin eine Mehreinnahme von 137,8 Mill. Mark. Dazu tritt der Fehlbetrag aus dem Rechnungsjahre 1926—28 von 904,5 Mill. Mark. Insgesamt ergibt sich daher im außerordentlichen Haushalt ein Fehlbetrag von 818,7 Mill. Mark. Das Gesamtdefizit des Rechnungsjahres 1929 beläuft sich demnach auf 1,284 Milliarden Mark. Die schwebende Schuld betrug am Ende des Rechnungsjahres (31. März) auf 1,938 Milliarden Mark.

## Die Wirtschaftspartei gegen die Sonderbelastung der Angestelltenchaft

Berlin, 12. Juni. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstage folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: „Die Reichsregierung soll nach unwiderprochenen Nachrichten zu Lasten der sogenannten Festangestellten eine Sondersteuer in Höhe von 4% des Einkommens planen. Wenn diese Steuer auf die Angestellten ausgedehnt wird, so würde diese Belastung Bevölkerungskreise treffen, die schon heute kaum in der Lage sind, die für Alter, Krankheit und Invalidität erforderlichen Rücklagen zu machen und deshalb wirtschaftlich erheblich schlechtergestellt sind als die durch Pension für Alter, Krankheit und Erwerbsunfähigkeit gesicherten Beamten. Ist die Reichsregierung bereit, bei Ausarbeitung des diesbezüglichen Gesetzesentwurfes diesem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen und die in Aussicht genommene Belastung der Angestelltenchaft ganz lassen, bzw. lediglich auf diejenigen „Festsoldaten“ zu begrenzen, bei denen, ihrem Vertragsverhältnis, ihrer Stellung und ihrem Einkommen noch eine unmittelbare Notlage durch eventuelle Kündigung nicht eintreten kann.“

## Herabgesetzte Eisenpreise ab 1. Juni

Düsseldorf, 12. Juni. Gemäß der dem Reichsarbeitsminister gegebenen Zusicherung in Abänderung der Arbeitgebererklärung zum Deynhaufener Schiedsspruch die Verdienste anstatt bis zu 10 Prozent nur bis zu 7 1/2 Prozent zu vermindern, jedoch die Preise über das Ausmaß der tatsächlich gesparten Beträge hinaus zu ermäßigen, haben die Verkaufsverbände der Deutschen

## Vor der Gründung einer neuen Finanzierungsgesellschaft durch das Reich

Berlin, 12. Juni. Der „Berliner Börsen-Courier“ bestätigt die auch von der „Frankfurter-Zeitung“ erwähnten Pläne zur Gründung einer neuen Finanzierungsgesellschaft des Reiches. Die Forderungen des Reiches an öffentliche Körperschaften sollen in die neue Gesellschaft eingebracht werden, wobei die Reichskredit-Gesellschaft als Treuhänder dienen soll, während die Deutsche Bau- und Bodenbank die Gelder verwalten wird. Die neue Gesellschaft wird 150 Millionen Mark Kapital, ebenfalls offene Reserven und 100 Millionen Mark stille Reserven haben. Die Finanzierungsgesellschaft soll drei ausländische Anleihen in Höhe von 15 bis bis 20 Millionen Dollar in einem Zeitraum von drei Jahren durch Vermittlung des Bankhauses Schröder-London-Newport aufnehmen.

## Die Reparationsanleihe in Newyork weit überzeichnet

Newyork, 12. Juni. Wie das Bankhaus Morgan mitteilt, ist der amerikanische Teil der Reparationsanleihe in Newyork bereits kurz nach Mittag weit überzeichnet worden.